Stadt Zug
Stadtrat

Nr. 2380

Grosser Gemeinderat, Vorlage

Kleine Anfrage Richard Rüegg, CVP: Mögliche Unterkünfte für Flüchtlinge sind gefragt

Antwort des Stadtrats vom 17. November 2015

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 28. Oktober 2015 hat Richard Rüegg, Mitglied der CVP Fraktion des Grossen Gemeinderates, eine Kleine Anfrage mit dem Titel „Mögliche Unterkünfte für Flüchtlinge sind gefragt" eingereicht. Er fragt damit den Stadtrat an, ob das leerstehende Objekt Salesianum eine Option als Zwischenlösung für Flüchtlingsunterkünfte sein könnte. Der genaue Wortlaut des Vorstosses ist aus dem vollständigen Anfragetext im Anhang ersichtlich.

Die Kleine Anfrage beantworten wir wie folgt:

Frage
Könnte die Stadt die momentanen Nutzer/Pächter und Eigentümer betreffend diese Zwischennutzung anfragen und diese Möglichkeit den Verantwortlichen schmackhaft machen?

Antwort
Gemäss § 12bis Abs. 3 des Gesetzes über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz, SHG; BGS 861.4) sind die Einwohnergemeinden verpflichtet, nach Massgabe der Bevölkerungszahlen und unter Berücksichtigung bisher untergebrachter Personen, geeignete Asylunterkünfte bereitzustellen, soweit die Personen nicht in den bestehenden kantonalen Unterkünften untergebracht werden können. Die Gemeinden können untereinander einen abweichenden Zuteilungsschlüssel vereinbaren.

Per 31. Oktober 2015 sind in der Stadt Zug 223 Asylsuchende untergebracht. Gemäss proportionalem Verteilschlüssel müsste die Stadt Zug 203 Asylsuchende platzieren. Die Stadt Zug beherbergt somit 20 Asylsuchende mehr, als im proportionalen Verteilschlüssel vorgesehen sind. Dazu ist allerdings festzuhalten, dass die Stadt Zug über die letzten Jahre wesentlich weniger Asylsuchende unterbringen konnte. Dies war nur deshalb möglich, weil andere Gemeinden entsprechend mehr Asylsuchende aufnahmen, als der proportionale Verteilschlüssel vorgab.

In Absprache zwischen der Direktion des Innern und der Eigentümerin des ehemaligen Alterszentrums Waldheim ist geplant, dass dort ab November 2015 etwa 60 bis 70 zusätzliche Plätze eingerichtet werden. Insgesamt können in der Stadt Zug per Ende 2015 gegen 300 Asylsuchende untergebracht werden.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung weist das Staatssekretariat für Migration (SEM) den Kantonen wöchentlich zwischen 1‘000 und 1‘200 Personen zu. Für den Kanton Zug bedeutet dies, dass rund 12 bis 14 Personen pro Woche aufgenommen werden müssen. Mit der temporären Unterbringung von Flüchtlingen in der Zivilschutzanlage Schluecht, Cham, und in der Liegenschaft Waldheim, Zug, konnte etwas Luft geschaffen werden. Trotzdem ist der Kanton auf weitere Unterkünfte angewiesen. Der Bund geht aufgrund der Entwicklungen auf der Balkanroute davon aus, dass die Bandbreite der wöchentlichen Zuweisungen in die Kantone weiter erhöht werden muss. Der Kanton prüft deshalb alle Optionen zur Unterbringung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich. Die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden ist grundsätzlich eine Staatsaufgabe. Der Kanton und die Gemeinden sind dabei aber auf private Angebote angewiesen.

Bereits im Sommer 2015 hat die Direktion des Innern verschiedene Immobilienbesitzer im Kanton Zug angefragt, ob befristet Räumlichkeiten oder Gebäude für die Unterbringung von Asylsuchenden zur Verfügung gestellt werden könnten. Angefragt wurde in diesem Zusammenhang auch die Alfred Müller AG, Neuhofstrasse 10, Baar. Diese hat die Anfrage von Regierungsrätin Manuela Weichelt wohlwollend entgegengenommen und prüft nun zusammen mit dem Kanton verschiedene Optionen. Auch die Möglichkeit einer Zwischennutzung des Salesianums als Asylunterkunft wird geprüft. Noch ist aber in dieser Sache nichts entschieden oder beschlossen.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise für Europa, die Schweiz aber auch für den Kanton Zug eine grosse Herausforderung darstellt. Er unterstützt deshalb alle privaten Initiativen, die geeignet sind, Asylsuchende unterzubringen und dankt allen beteiligten Personen und Institutionen für die konstruktiven Lösungen.

Zug, 17. November 2015

Dolfi Müller
Stadtpräsident

Martin Würmli
Stadtschreiber

Beilage:

– Kleine Anfrage Richard Rüegg, CVP, vom 28. Oktober 2015: Mögliche Unterkünfte für Flüchtlinge sind gefragt

Die Vorlage wurde vom Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit verfasst. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Stadtrat Urs Raschle, Departementsvorsteher, Tel. 041 728 22 51